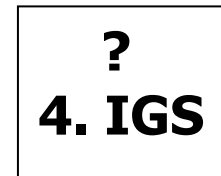


Aktion: 4. IGS in Braunschweig



<http://www.igs.unser-braunschweig.de/>

Liebe IGS-Freunde,

es gibt viel zu berichten.

1. Unten der **Bericht von Brigitte Süßner-Greve**, die unsere „Aktion 4. IGS“ in Braunschweig zusammen mit Anne Mehring und Monika Rasche-Behling in Hannover aktiv vertreten haben. Diesem Bericht füge ich ein Foto, unsere Presseerklärung und das verteilte Informationsmaterial bei. Außerdem die Presseerklärung der GEW und den Bericht des GEW-Vorsitzenden/Niedersachsen Herrn Eberhard Brandt.

Wie üblich steht dann alles auch auf unserer homepage (siehe oben).

2. Sitzung Aktion 4. IGS am 09.01.2008

Auf der Sitzung wurde beschlossen, dass die Eltern der sich interessierenden IGS-Kinder angesprochen werden sollen.

- Es wird ein Brief vor der Wahl an die Eltern der Grundschule 4. Klasse geschrieben (siehe Anlage)

- An den Infoabenden in den drei IGS werden von unserer Aktion Infotische aufgebaut mit Informationsmaterial. Es werden noch Aktivisten gesucht, die bei der Aktion mitmachen.

Termine:

FF am 06.02.08, 19:30 Uhr.

Querum am 12.02.08, 19:30 Uhr.

WBG am 13.02.08, 19:30 Uhr.

-Es wird ein Brief an MP Wulff vorbereitet, der den Eltern am Infostand zur Unterschrift vorgelegt werden soll. (siehe Anlage).

Eine Pressemitteilung wird vorbereitet.

3. Herr **Prof. v. Saldern** gibt ein Vortragsheftchen heraus. Dazu schreibt er mir:

Ich habe die wichtigsten Folien meiner vielen Vorträge in einem A6-Heftchen (gebunden) zusammengefasst.

Idee: Argumente für längeres gemeinsames Lernen in der Westentasche. 60 Seiten.

Kosten pro Stück 2,--€ (Selbstkostenpreis). Im 10er Pack abzugeben. Bestellung an

matthias.von.saldern@leuphana.de

4. Es wird von **Frau Jasmin Schimmeyer** geplant, eine Masterarbeit u.a. über unsere „Aktion 4. IGS“ an der TU Braunschweig bei Herrn Möhle (2. Betreuer Herr Krause-Hotopp) zu schreiben. Wir werden sie gerne unterstützen.

5. Benjamin Sadler , Schülervertreter von der IGSFF schreibt uns: als politisch engagierte Schülervertretung haben wir von der IGS Franzisches Feld großes Interesse an einer Protestaktion. Bereits seit einigen Monaten denken wir über eine medienwirksame Protestaktion, die über eine kleine Schülerdemo in Braunschweig hinausgeht nach und da kommt uns dieser Aufruf natürlich gerade recht.

Wir sind im 4. IGS Verteiler, aber sicherlich ist es sinnvoll, wenn auch von anderen Seiten Mails zu diesem Projekt an sv@igsff-bs.de gesendet werden könnten.

Bericht von Brigitte Süßner-Greve

In Hannover haben am 16.01.2008 acht Gesamtschulinitiativen dem KM Herrn Busemann mehrere Stapel Unterschriftenlisten (mehr als 8000) überreicht, in denen die sofortige Rücknahme des Verbots zur Errichtung von Gesamtschulen gefordert wird.

Herr Busemann gestand zwar zu, dass das „Errichtungsverbot wohl fallen (muss)“, aber dies nicht bedingungslos geschehen würde. So müssten auch in der Nähe von Gesamtschulen die Schulen des dreigliedrigen Schulwesens erreichbar sein.

Dies bedeutet aber, dass in ländlichen Gebieten (z.B. Samtgemeinden von Gifhorn oder Schaumburg), wo es oft nur ein Schulzentrum gibt, eine Errichtung von Gesamtschulen auch weiterhin unzulässig wäre. Gerade dort gibt es aber ein großes Interesse für die Umwandlung von Schulzentren in Gesamtschulen.

Auch der Vertreter der FDP machte deutlich, dass es „eine flächendeckende Einrichtungen von integrierten Gesamtschulen nicht geben (wird)“. Es wird deutlich: Bei der Frage, unter welchen Bedingungen Gesamtschulen errichtet werden dürfen, zeigt sich, dass die CDU/FDP – Regierung nicht wirklich Willens ist, dem Elternwünschen nachzugeben und wieder ‚zurückrudert‘.

Der Vertreter der SPD Herr Jüttner unterstützte die Forderungen der Gesamtschul-initiativen und hob noch einmal hervor, dass es dort, wo der Schulträger Gesamtschulen errichten wolle, dies auch erlaubt sein müsse. Außerdem wurde Herr Busemann aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass schon zum 1.08.2008 neue Gesamtschulen errichtet werden.

Zum Schluss wies Dieter Gallas (GEW) darauf hin, dass die Normenkontrollklage, die die CDU 1993 gegen die Errichtung von Gesamtschulen eingereicht hatte, 1998 vom niedersächsischen Staatsgerichtshof zurückgewiesen worden ist. Das heißt, die Gesamtschule kann auch ersetzende Schulform sein.

2300 Ablehnungen in Niedersachsen (40%) für Kinder, die auf eine Gesamtschule gehen wollten, sind nicht weiter hinnehmbar und eine Bankrotterklärung der niedersächsischen CDU/FDP Schulpolitik.

Mit Grüßen
Uwe Meier

<http://www.unser-braunschweig.de>